

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

## In die Höhle des Löwen?

Afghanistans "Interimspräsident" Burhanuddin Rabbani hat erstmals angekündigt, daß er persönlich bereit sei, zu Gesprächen mit seinen Hauptkonkurrenten im Bürgerkrieg in deren Hauptquartiere zu kommen. In einer Rede am 28. Dezember kündigte er über Radio Kabul an, er wolle nach Mazar-e Scharif mit Vertretern des "Obersten Koordinierungsrates" und nach Kandahar zu den Taleban reisen. Im Obersten Koordinierungsrat haben sich die Usbeken-Miliz unter General Dostam, die Islamische Partei Gulbuddin Hekmatyars, eine Fraktion der schiitischen Einheitspartei sowie zwei weitere kleinere Gruppen zusammengeschlossen. Bisher hatte Kabul auf Gesprächen auf neutralem Boden bestanden.

## "Zeit der Gespräche vorbei"

Am Morgen des 3. Dezember flogen Kabuler Regierungstruppen Luftangriffe auf das Hauptquartier der Taleban in der Region Kabul. In der Ortschaft Tschahrasjab, etwa 15 Kilometer südlich der afghanischen Hauptstadt, wurde ein belebter Markt getroffen. Dabei seien Berichten zufolge mindestens drei Zivilisten getötet worden. Der örtliche Taleban-Kommandeur Mullah Bordshan erklärte darauf: "Die Zeit der Gespräche ist jetzt vorbei. Wir werden eine militärische oder andere Lösung suchen." Ein Regierungssprecher in Kabul behauptete, es seien lediglich militärische Stellungen in Tschahrasjab angegriffen worden. Wenige Tage zuvor hatten die Taleban ihrerseits Kabul aus der Luft bombardiert und dabei wenigstens 37 Menschen umgebracht und 140 verletzt. Dabei hatten sie Fallschirmbomben gegen die Wohngebiete Wazirabad und Qala-ye Fathullah eingesetzt, die in der Luft explodieren und Splitter verstreuen. Einem Bericht des britischen "Guardian" zufolge hätte "keine" der Bomben ein militärisches Ziel getroffen.

Bereits Mitte November hatte ein Taleban-Führer, Nur Muhammad Saqib, UN-Vermittler Mestiri be-

schuldigt, er versuche, die Menschen zu täuschen und die Herrschaft des Interimspräsidenten Burhanuddin Rabbani zu verlängern. Die Taleban, so Saqib weiter, würden die Regierung "auf jeden Fall" stürzen und seien die einzige Kraft, "die das Land befrieden kann".

Unterdessen haben afghanische Regierungstruppen kurz vor Weihnachten den dritten Versuch der Taleban abgewehrt, die afghanische Hauptstadt Kabul einzunehmen. Südlich der Stadt setzten sie schwere Artillerie ein und eroberten eine strategisch wichtige Hügelkette zurück. Dem Taleban-Angriff waren mehrere schwere Raketenangriffe auf Kabul vorausgegangen. Dabei kamen mindestens zwölf Menschen ums Leben. Eines der Geschosse schlug in die Blaue Moschee der Kabuler Schahr-e Nau ein.

Gleichzeitig berichteten Sprecher des Kabuler Verteidigungsministeriums über Truppenkonzentrationen des usbekischen Warlords Abdurrahman Dostam bei der Kleinstadt Khendshan am Nordende des strategisch wichtigen Salang-Passes, etwa 120 Kilometer von Kabul gelegen. Beobachtern zufolge sei es nicht klar, ob Dostam koordiniert mit den Taleban Kabul angreifen wolle oder ob er die Kabuler Regierung gegen diese unterstützen wolle. Zuvor waren geheime Kontakte zwischen Vertretern Kabuls und Dostams sowie dessen Verbündeten Gulbuddin Hekmatyar bekanntgeworden.

## Steckt CIA hinter den Taleban?

Der ehemalige afghanische Staatssekretär für Äußeres in der Regierung der Mudshahedin, Dr. J. Schams, hat Pakistan und indirekt auch den US-amerikanischen Geheimdienst CIA beschuldigt, hinter der Bewegung der Taleban zu stehen. Auf einem Afghanistan-Seminar im westfälischen Iserlohn kurz vor Weihnachten sagte er: "Tatsache ist, daß sie aus Pakistan kamen, und man kann sehen, weshalb sie Erfolg hatten. (...) Man kann sich vorstellen, daß Pakistan massiv dahintersteckt, aber auch die CIA." Das sei aber nicht unbedingt mit

der offiziellen US-Politik identisch. Das CIA-Interesse am Vormarsch der Taleban begründete Schams mit deren Absicht, an der afghanischen Grenze zu Iran eine "Basis zum Sturz des iranischen Regimes" zu schaffen. Das Gebiet könne "iranischen Untergrundkämpfern als Rückzugsgebiet" dienen. Die oppositionellen iranischen Volksmudshahedin und ihr bewaffneter Arm, die 'Iranische Nationale Befreiungsarmee', operieren bisher von Irak aus. Sie bemühen sich in den letzten Monaten aber mit einigem Erfolg darum, von den USA als einzige legitime Opposition Irans anerkannt zu werden und sind deshalb gezwungen, sich von Washingtons Erzfeind Saddam Hussein zu distanzieren.

Pakistan, so Schams, sei nicht daran interessiert gewesen, daß sich die nach dem Sturz des einst sowjetisch gestützten Präsidenten Nadshibullah im April 1992 an die Macht gelangte Mudshahedin-Regierung in Kabul stabilisiere. Es habe sich durch deren militärische Macht, insbesondere nach dem prestigeträchtigen Sieg über die sowjetischen Besatzungstruppen, bedroht gefühlt und deshalb die innerafghanischen Streitigkeiten geschürt.

Weiterhin meinte Schams, die Vermittlungsmission des UN-Beauftragten für Afghanistan, Mahmud Mestiri, sei "fast an Perspektivlosigkeit erstickt". Mestiri habe seinen Plan nicht an die neuen Gegebenheiten nach dem Fall der Stadt Herat an die Taleban im September angepaßt. Es "führe zu nichts, nur Listen aufzustellen und darüber zu verhandeln", so Schams. Mestiri versucht gegenwärtig erneut, einen Übergangsrat aus allen Konfliktparteien zusammenzustellen.

Auf der Tagung in Iserlohn beschlossen die afghanischen Teilnehmer ferner, die Bildung einer "Menschenrechtskommission" vorzubereiten. Sie solle Material über Menschenrechtsverletzungen zusammentragen, die von früher zum prosovjatischen Regime gehörigen afghanischen Asylbewerbern in der Bundesrepublik verübt worden sind. Auch Vertreter der Mudshahedin-Parteien sollen deren Gegenstand



werden, "wenn wir ihrer habhaft werden können".

### Geiseln weiter festgehalten

Rußlands Außenminister hat kurz nach Weihnachten bekanntgegeben, er werde eine geplante Reise ins Hauptquartier der Taleban im süd-afghanischen Kandahar verschieben. Die Taleban halten seit dem Spätsommer die russische Crew eines Transportflugzeuges einer privaten Firma fest, das Waffen an die Kabuler Regierung liefern sollte, von den Taleban aber abgefangen wurde. Die Taleban wollen die Geiseln offensichtlich als Karte in internationalen Bemühungen um eine politische Lösung des Afghanistan-Bürgerkrieges nutzen.

### amnesty gegen Waffenlieferanten

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international hat in einer Presseerklärung die nach Afghanistan Waffen liefernden Staaten beschuldigt, "den Menschenrechtsverbrechen im schon 16 Jahre andauernden Bürgerkrieg tatenlos" zuzusehen. Genannt werden vor allem die frühere Sowjetunion, die USA und ihre westlichen Verbündeten sowie Pakistan, Saudi-Arabien und Iran. "Diejenigen, die Afghanistan seit der sowjetischen Invasion 1979 aufgerüstet haben, wären einflußreich genug, gemeinsam einen Wandel herbeizuführen." Einen entsprechenden Appell hatte erfolglos bereits der UN-Sonderberichterstatter für Afghanistan gestartet. Pikanterweise haben sich die fünf genannten Staaten - anstelle der Sowjetunion nun Rußland - zur diplomatischen Pressure Group "Freunde Afghanistans" zusammengefunden. Die beiden ehemaligen Supermächte glänzen jedoch durch Passivität, während die drei Regionalmächte sowie das ebenfalls interessierte Usbekistan mit ihrer Unterstützung verschiedener afghanischer Fraktionen, auch mit Waffen und Munitionslieferungen sowie technische Hilfe, weiter Öl ins Kriegsfeuer gießen. Nach UNICEF-Angaben starben seit 1979 400.000 Kinder direkt oder indirekt an den Kriegsfolgen. In Kabul kamen seit 1992 25.000 Menschen ums Leben.

### US-Mission nach Afghanistan

Die USA haben nach einer Meldung der 'Financial Times' ihren ehemaligen Botschafter in Pakistan, R. Raphel, vom 29. bis 31. Oktober

nach Afghanistan geschickt. Ziel der ersten seit langem bekanntgewordenen US-Mission in dem Land sei es gewesen, die Wiederaufnahme der Friedensbemühungen des UN-Sondergesandten Mahmud Mestiri zu unterstützen.

### UNICEF stoppt Hilfe

Als Protest gegen das Schulbesuchsverbot in den von den Taleban kontrollierten Landesteilen hat das UN-Kinderhilfswerk UNICEF Ende November seine Bildungshilfe für Afghanistan gestoppt. Dabei berief sich die UNICEF-Exekutivdirektorin Carol Bellamy auf die UN-Kinderrechtskonvention von 1990, derzufolge die Diskriminierung von Kindern wegen ihres Geschlechts verboten sei. Von der Maßnahme der Taleban, die ursprünglich die Weiterbildung der Mädchen-Schulen zugesichert hätten, seien 47.000 Mädchen betroffen. Bereits im Oktober hatte die UNO nach Drohungen der Taleban die Zahl ihrer weiblichen Angestellten in dem Land reduziert. Von der Kürzungen nicht betroffen seien die UNICEF-Programme in den Bereichen Gesundheit, Hygiene, Ernährung und Wasserversorgung.

### Afghanen in Deutschland

51.370 afghanische Staatsangehörige lebten zum Ende 1994 in der Bundesrepublik Deutschland. Das geht aus dem Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer "Über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland" vom 29. November 1995 hervor.

### Afghanische Botschaft wird aktiver

Die afghanische Botschaft in Bonn hat eine spezielle Abteilung für Wiederaufbau eingerichtet. Sie will unter anderem Unterstützungsmaßnahmen für das kriegszerstörte Land koordinieren. Ein erster Versuch, Kontakte zu Afghanistan-Hilfsvereinen in der Bundesrepublik herzustellen, ist nach Aussage des Abteilungsleiters Abed Khalili Nadjib allerdings gescheitert. Die befürchteten offensichtlich eine Bevormundung durch die diplomatische Vertretung. Viele Exilafghanen erkennen zudem nicht die Legitimität der derzeitigen Kabuler Regierung an.

### Exilafghanische Parteigründung

Eine 'Demokratische Partei

Afghanistans' (Tamadon) haben in Deutschland lebende Exilafghanen gegründet. In einer schriftlich verbreiteten, nichtdatierten Erklärung spricht sich die "neue und vorgängerlose" Organisation "von Europa aus" für eine "erneute Befreiung des Landes" aus, ohne die dort herrschenden Mudshahedin direkt zu erwähnen. Die Partei gibt sich als Anhängerin eines "neuen Afghanistan mit einem neuen, modernen [politischen] Sytem", von "Wiederaufbau, Wachstum, Entwicklung und Erneuerung" zu erkennen und spricht sich gegen "religiöse, rassische, kulturelle und andere Diskriminierungen" aus. Unter Berufung auf den Koran wendet sie sich gegen jegliches Blutvergießen im Streit zwischen Moslems. Angaben zu Gründungs- oder Führungsmitgliedern gehen aus der Gründungserklärung nicht hervor. Als Kontaktadresse ist lediglich ein Postfach im mecklenburgischen Ostseebad Wustrow angegeben.

In der Bundesrepublik lebende Afghanen gehen davon aus, daß sich dahinter ehemalige Mitglieder der prosowjetischen, von 1978 bis 1992 regierenden 'Demokratischen Volkspartei Afghanistans' verbergen, die Asyl in der BRD erhalten haben. Dafür spricht auch das Parteiwappen auf dem Schreiben, das dem Staatswappen Afghanistans bis 1992 entspricht, aus dem lediglich der rote Stern entfernt wurde. Sie vermuten hinter der Initiative den ehemaligen Botschafter Afghanistans in Bonn, Makhan Schinwari, der bereits 1994 den 'Verein für Wiederaufbau in Afghanistan' gegründet hatte.

### Razzien in Pakistan

Der pakistanische Geheimdienst ISI hat nach Angaben afghanischer Exilkreise in der Bundesrepublik in den letzten Tagen in Peschawar und Islamabad Razzien gegen afghanische Flüchtlinge durchgeführt und zahlreiche Männer festgenommen. Sie stünden angeblich im Zusammenhang mit dem Bombenattentat gegen die ägyptische Botschaft in Islamabad. Bei der Aktion sei es wiederholt zu Übergriffen und Diebstählen besonders von Geld und Wertsachen gekommen.

### "Humanitäre Katastrophe" verschärft sich

Vor einer "sich verschärfenden humanitären Katastrophe" in Kabul haben zu Heiligabend das



'Internationale Komitee vom Roten Kreuz' (IKRK) und die französische Hilfsorganisation 'Solidarités' gewarnt. In Kabul seien tausende Menschen zum Teil bei Minusgraden gezwungen, in ausgebombten Häusern und damit praktisch unter freiem Himmel zu kampieren. An die 4.000 bedürftigsten Familien hätten beide Organisationen in den letzten Tagen Decken, Holzkohleöfen und Holzkohle verteilt, aber das reiche bei weitem nicht aus. Wenn nicht zusätzliche Hilfe käme, würden Tausende den kommenden Winter nicht überleben.

Bereits Mitte Dezember hatte die ebenfalls in Kabul tätige Hilfsorganisation 'CARE International' dazu aufgerufen, den Druck auf die afghanischen Fraktionen zu erhöhen, die Blockade Kabuls aufzuheben. Ein besonderes Problem sei die Wasserversorgung der 1,5 bis 2 Millionen Menschen in der Stadt. Es

gäbe einige Fraktionen, "die bestimmte Kriegsziele haben, denen es nicht dient, wenn die Bevölkerung der Hauptstadt versorgt wird", so 'CARE'-Sprecher Peter McAllister. Eine UNO-Sprecher in Islamabad warnte vor Versorgungsengpässen vor allem bei Brenn- und Treibstoffen, da mit einer Ausnahme alle Zufahrtsstraßen nach Kabul blockiert würden. Aber auch die letzte Verbindung wird von Banditen unsicher gemacht.

### Gefechte an Grenze zu Tadjikistan

Erstmals seit mehreren Monaten hat wieder eine größere Gruppe tajikischer Rebellen versucht, von Afghanistan aus nach Tadjikistan einzudringen. Dabei wurde sie von russischen Grenzsoldaten gestellt, die aufgrund von Vereinbarungen im Rahmen der GUS die tajikisch-afghanische Grenze bewachen. Un-

ter Einsatz von Raketen und Kampfflugzeugen seien mehr als 65 Aufständische getötet worden; die Russen hätten keine Verluste erlitten.

Die tajikischen Rebellen - die einer heterogenen Allianz aus Islamisten, Demokraten und Regionalisten angehören - bekämpfen seit 1992 die postkommunistische Regierung in Duschambe und nutzen dabei auch Stützpunkte in Nordafghanistan, wo zahlreiche tajikische Flüchtlinge leben. Seit Ende 1994 gilt allerdings ein Waffenstillstand, und seit Ende November verhandelten beide Seiten in der turkmenischen Hauptstadt Aschchabad über ein Ende des Bürgerkriegs. Die Gespräche waren jedoch Mitte Dezember ausgesetzt worden und sollen nun Mitte Januar neu beginnen. Auch Kabul hatte sich in Vermittlungsbemühungen eingeschaltet, die unter Schirmherrschaft der UNO und Rußlands stattfinden.

## Wasser in den afghanischen Sumpf

**Pakistan spielt eine unheilvolle Rolle im afghanischen Bürgerkrieg, besteht aber offiziell darauf, "neutral" zu sein. Die afghanisch-pakistanischen Beziehungen aus Kabuler Sicht betrachtet Thomas Ruttig, die aus der Sicht Islamabads Jorge Scholz (im Pakistan-Teil dieser Ausgabe).**

1988 oder 1989, noch während der sowjetischen Besetzung Afghanistans, schlug der Amir der 'Islamischen Partei Afghanistans' Gulbuddin Hekmatyar die Bildung einer Konföderation zwischen seinem Land und Pakistan vor. Einigen Quellen zufolge soll dies auf einen Brief des damaligen Chefs des pakistanischen Geheimdienstes ISI (Inter-Services Intelligence), General Hamid Gul, zurückgehen sein. Den Hintergrund dieses Vorstoßes bildete die ideologische Ausrichtung der Hekmatyar-Partei auf den Panislamismus. Ziel der Anhänger dieser islamistischen Strömung ist die Wiedererrichtung des von ihnen idealisierten Kalifats aus der Frühzeit des Islam und der einheitlichen Gemeinschaft aller Muslime (umma) ohne nationale Grenzen.

Hoffnungen über eine Verwirklichung dieses Traums hatten angesichts des damals bereits vereinbarten Rückzugs der sowjetischen Truppen - damit wurde indirekt deren Niederlage gegen die "islamischen Glaubenskämpfer" einge-

standen -, des beginnenden Zerfalls der Sowjetunion und der damit verbundenen "Befreiung" deren "islamischer" Teilrepubliken einen Aufschwung erlebt. Zudem bildet der Panislamismus einen Grundpfeiler der Partei 'Jamaat-e-Islami', Hekmatyars Hauptverbündetem in Pakistan, die zudem vor allem im ISI und der 'Afghanistan Cell' der pakistanischen Regierung über erheblichen Einfluß verfügte.

Hekmatyars Vorschlag rief allerdings - wohl zu dessen eigener Überraschung - einen einhelligen Sturm der Entrüstung bei allen afghanischen Konfliktparteien hervor, sowohl bei den Mujahedin als auch bei der in Kabul regierenden 'Vaterlandspartei' ('Hezb-e Watan', bis zu ihrer Umbenennung 'Demokratische Volkspartei Afghanistans'/DVPA). Der damalige Kabuler Präsident Najibullah konnte daraus sogar für seine "Politik der nationalen Aussöhnung" - einer afghanischen Perestroika-Variante - Kapital schlagen, weil sich damit zumindest ein Teil der "islamischen" Regierungs-

gegner offen als "unpatriotisch" erwiesen hatte. Gerade aber national-patriotische Züge einschließlich einer Rückbesinnung auf das "islamische" Erbe des Landes charakterisierten die Aussöhnungspolitik der neuen Führung seiner ursprünglich sozialistisch orientierten Watan-Partei.

### 1947 bis 1992: Die Paschtunistan-Frage

Diese Episode warf ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis zwischen Afghanistan und Pakistan. Seit dem Entstehen Pakistans nach der Teilung des Subkontinents 1947 befanden sich beide Nachbarstaaten meilenweit von freundschaftlichen Beziehungen entfernt. Dabei hatte aus afghanischer Sicht alles gut angefangen: Immerhin war mit Pakistan ein moslemischer Bruderstaat entstanden, und der Erzfeind Großbritannien, das dreimal - 1839-42, 1878-80, 1919 - versucht hatte, sich von Indien aus als Kolonialmacht in Afghanistan zu etablieren, verschwand von den Grenzen des Landes. Afghanische (paschtunische) "Freiwillige" griffen im Oktober 1947 sogar auf Seiten Pakistans in dessen erste kriegerische Auseinandersetzung mit Indien um Jammu & Kashmir ein und halfen, "Azad Kashmir" zu etablieren, das bis heute de jure ein Pakistan assoziierter Staat ist. Andererseits nahm Indien diese "ausländische Einmischung" zum Anlaß, den Maharaja von Kaschmir als Gegenleistung für militärischen Beistand zum Beitritt zur Indischen Union zu bringen.

Doch aus afghanischer Sicht war Pakistan mit einem schwerwiegenden Geburtsfehler behaftet: Es inkorporierte die